



HESSISCHER LANDTAG

06. 07. 2016

Plenum

Antrag

der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Landesregierung unterstützt hessische Milchviehbetriebe - Milchkrise auf nationaler und europäischer Ebene bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht weite Teile der Landwirtschaft in der schwersten Agrarmarktkrise der letzten Jahrzehnte. Insbesondere die Milchpreise sind seit zwei Jahren im Fallen begriffen und haben seit Monaten ein Niveau erreicht, das die Kosten nicht mehr deckt. Es steht zu befürchten, dass es bei weiter andauernder Krise zu strukturellen Brüchen kommt und in Hessen viele landwirtschaftliche Betriebe unwiederbringlich verloren gehen.
2. Der Landtag bekennt sich zur flächendeckenden Landwirtschaft in Hessen, die zum Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt beiträgt. Gerade in den Grünlandregionen stellt die Milchwirtschaft dabei die oftmals einzig wirtschaftlich sinnvolle landwirtschaftliche Nutzung dar. Es ist daher im allgemeinen Interesse, gerade die Bäuerinnen und Bauern in der Milchviehwirtschaft zu unterstützen, um eine flächendeckende Landwirtschaft für die gesamte Gesellschaft zu erhalten.
3. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund, dass die Hessische Landesregierung mit der Bereitstellung von 5 Mio. € als Soforthilfe über die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AGZ) für betroffene Milchviehbetriebe einen wichtigen Beitrag dazu leistet, um die existenzbedrohenden Auswirkungen der andauernden Milchkrise auf Hessens Landwirte zu mildern. Diese zusätzlich bereitgestellten Mittel können kurzfristig und unbürokratisch ausgezahlt werden und sorgen für eine schnelle Entlastung bei den Betrieben. Insgesamt können durch diese Aufstockung in diesem Jahr voraussichtlich rund 20 Mio. € über die AGZ ausgeschüttet werden. Der Landtag sieht darin ein starkes Signal an die Bäuerinnen und Bauern, dass die Landesregierung in der Krise an ihrer Seite steht.
4. Gleichzeitig betont der Landtag, dass das Problem des Marktungleichgewichts von weiteren Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene begleitet werden muss, um diese schwere Agrarmarktkrise zu bewältigen.
5. Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Überlegungen einer freiwilligen Regulierung der Milchmenge durch die Marktakteure zur Entschärfung der Krise leider bisher zu wenig gegriffen haben. Er schließt sich diesbezüglich dem Beschluss des Bundesrates vom 17.06.2016 (BR-Drucksache 297/16 (Beschluss)) an, der zwar die Bundesregierung in den ersten Teilen der erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Milchkrise durch Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes unterstützt, aber gleichzeitig sie auffordert, an der Hauptursache der großen Milchmenge anzusetzen und sich auf EU-Ebene für eine zeitlich befristete Mengengrenzung einzusetzen.
6. Der Landtag appelliert an alle Wirtschaftsbeteiligten, Verantwortung in der Krise zu übernehmen und an gemeinsamen Lösungen aus der aktuellen Krise und für die Zukunft zu arbeiten. Hierzu gehört, neben den Chancen auch die Risiken der entfallenen Milchquote gerecht zu verteilen und sich auf faire Vertragsbedingungen zwischen den Marktpartnern einzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung auch, sich für eine Verbesserung der Stellung der Landwirte in der Wertschöpfungskette und für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen in der Lebensmittellieferkette einzusetzen, um Krisen wie die aktuelle in Zukunft zu vermeiden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Juli 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn